

## Veranstaltung in der Gethesamekirche am 27.04.2017 / Redebeitrag Gerhard Ehrig, Vereinsmitglied

Sehr verehrte Anwesende,

die heutige Veranstaltung unter dem Motto „Im Gespräch zur Michelangelostraße“ soll ein Dialog zur städtebaulichen Planung Michelangelostrasse sein.

Unser regierender Bürgermeister, Herr Michael Müller, hat in seiner Antrittsrede erklärt, dass der Senat für die Bürger da ist und sie in die Arbeit einbezieht. Das gleiche hat auch unser Stadtbezirksbürgermeister, Sören Benn, in der BVV zugesichert. Diese Zusagen liegen den Bürgerinitiativen schriftlich vor.

Wie sieht aber die Wirklichkeit aus?

In der Ausstellung zur Bebauung der Michelangelostrasse in der ehemaligen Sparkasse Greifswalder Straße vom 27.02. bis 13.03.2015 lagen Gästebücher aus, wo die Bürger ihre Meinungen und Hinweise sowie Kritiken eintragen konnten. Ich habe mir die Mühe gemacht und die Gästebücher ausgewertet.

In den Gästebüchern sind 163 Eintragungen enthalten, davon waren 7 für die Bebauung und 156 gegen die damals vorgestellte Bebauung. Die Hinweise und teils sehr harten Kritiken der Bürger sind nicht in die weitere Arbeit des Bezirksamts bzw. in den vom Architekten Görge überarbeiteten städtebaulichen Entwurf eingeflossen.

Ich stelle hier die Frage, sieht so ein Miteinander bzw. so eine Einbeziehung der Bürger aus? Man muss sagen nein, das Bezirksamt arbeitet nicht mit den Bürgern zusammen. Ich bin gerne bereit, die detaillierte Auswertung dem Bezirksamt zur Verfügung zu stellen.

Auch zu dem uns heute hier vorgestellten überarbeiteten städtebaulichen Entwurf gibt es noch viele Fragen und Hinweise:

Dieser Entwurf entspricht nicht mehr der Realität. Warum?

Zwischenzeitlich hat die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz Abt.VII entschieden, dass in der neu zu bauenden Michelangelostrasse aufgrund der verkehrspolitische Entwicklung eine Trasse für die Straßenbahn von 12,00 m Breite vorzusehen ist. Die Senatsverwaltung hat dem Bezirksamt dieses verbindlich mitgeteilt und ich zitiere aus dem Brief „Die Veränderungen des geplanten Straßenquerschnittes hat Auswirkungen auf die neuen Straßenbegrenzungslinien der Michelangelostrasse und ggf. auf die vorgesehene Wohnbebauung. Die Langfristperspektive einer Straßenbahntrasse sollte berücksichtigt werden. ... der bisher geplante Straßenquerschnitt ist neu zu überdenken und für die Option der ggf. beabsichtigten Straßenbahnführung anzupassen.“ Obwohl diese Entscheidung erhebliche Auswirkungen auf die vorgesehene Bebauung und damit auf den Entwurf hat, wurde diese Trasse nicht im Entwurf berücksichtigt. Warum? Hält das Stadtentwicklungsamt Festlegungen des Senates für unverbindliche Hinweise?

Ich erwarte heute vor den Bürgern vom Amtsleiter des Stadtentwicklungsamtes, Herrn Klaus Risken, diesbezüglich eine eindeutige verbindliche Aussage, wann der richtige überarbeitete Entwurf unter Einbeziehung der Festlegungen des Berliner Senats, zum erneuten Dialog übergeben wird.

Außerdem ist der heute hier vorgestellte Entwurf sehr fehlerhaft und zeigt, dass am Entwurf beteiligte Planer die konkreten örtlichen Gegebenheiten nicht kennen und das Bezirksamt den Entwurf offensichtlich nicht ordentlich geprüft hat.

Hier nur einige Beispiele:

Ca. 70 % der beplanten Flächen sind nicht öffentliches Land, sondern gehören der WBG Zentrum bzw. sind jüdisches Eigentum. Ich habe in meiner Hochschulstudienzeit gelernt, wenn man plant, sieht man als erstes in das Grundbuch, um die Eigentumsverhältnisse festzustellen. Ich frage hier das Bezirksamt: Haben Sie schon mit den Eigentümern gesprochen? Was wurde konkret mit der WBG Zentrum und was mit den jüdischen Eigentümern vereinbart?

Gemäß Satzung der WBG müssen die Mitgliedervertreter ihre Zustimmung geben, dass auf diesen Flächen gebaut werden darf geschweige denn, dass die WBG die Flächen verkaufen kann für andere, vielleicht sogar private Investoren.

Liegen denn bereits Erklärungen, Zusagen oder sogar schon Vereinbarungen mit der WBG Zentrum vor? Dazu möchte ich heute – wie sicher auch die anwesenden Mitglieder der WBG Zentrum - eine eindeutige Erklärung des Bezirksamtes bzw. vom Vorstand der WBG haben.

Solange die bisherige Wohnqualität für unsere Genossenschafter nicht gewährleistet ist, wird es auch keine Zustimmung zum Bauvorhaben geben. Wenn doch gebaut wird, werden sicherlich zahlreiche Genossenschaftler Nutzungsendgeldminderungen vornehmen. Wer trägt die Einnahmeausfälle der WBG oder will das Bezirksamt, dass unsere WBG in Insolvenz geht?

Ein weiteres Beispiel: Auf der Seite 26 des Berichtes zum Entwurf wird dargelegt, dass die Vorgärten vor den Häusern der H-E-Strasse auf maximal 4,50 m zurückgebaut werden, damit nach einem kompletten Neubau der H-E-Str. im rechten Winkel vor den Häusern geparkt werden kann, da die bisherigen Parkflächen bebaut sind. Außerdem sollen auf den kleinen Flächen noch Bäume angepflanzt werden, die die unteren Etagen zukünftig verschatten werden. Desweiteren müssen die Straßenbeleuchtung und der Mischwasserkanal neu verlegt werden. In dem uns vorliegenden Entwurf

sind mehr als 30 Millionen Euro für Straßenbauarbeiten davon ca. 6 bis 7 Millionen Euro für den Neubau der H-E-Str. vorgesehen. Es stellt sich die Frage, haben wir so viele Steuergelder, die verschwendet werden können? Die Vorgärten gehören ebenfalls der WBG Zentrum, ist darüber schon mit der WBG Zentrum gesprochen worden?

Ein weiteres Beispiel: Wie kann im den uns vorliegenden Entwurf die WBG-Zentrum Fläche mit dem Ärztehaus in der Greifswalder Strasse 122 mit 2 Gebäuden bebaut werden, wenn es für diese Fläche seit August 2014 eine positiv entschiedene Bauanfrage für die WBG Zentrum gibt und auf Grund dieser sicherlich bereits Planungen vorgenommen werden?

Der größte Clou in diesem Entwurf ist auf Seite 53 im Abschnitt Verkehrs- und Erschließungslösungen zu finden:

Hier wird dargelegt, dass unser Wohngebiet durch das Straßenbahn-liniennetz der Linie M2 und M3 versorgt wird. Hier muss man feststellen, dass die Planer anscheinend die territorialen Verkehrsverbindungen nicht kennen, denn die Linie M2 fährt in der Prenzlauer Allee nach Pankow-Heinersdorf und nicht in die Berliner Allee geschweige denn in der Greifswalder Straße. Oder wird das Bebauungsgebiet bis zur Prenzlauer Allee ausgedehnt? Und eine Linie M3 gibt es in ganz Berlin nicht. Außerdem wird in dem Entwurf dargestellt, dass die Linien M2, M3, M4, M13 und M12 zum Ortsteil Neu-Hohenschönhausen fahren. Der Ortsteil Neu-Hohenschönhausen gehört zum Stadtbezirk Lichtenberg und wird von keiner dieser Linien angefahren.

Es ergibt sich die Frage, wie kann das Bezirksamt solch eine fehlerhafte Planungsqualität den Bürgern anbieten. Solch ein Planungsentwurf gehört nach meiner Meinung in den Papierkorb. Ich fordere vom Bezirksamt, dass der derzeitige Planungsprozess gestoppt wird und auf der Grundlage der entsprechenden BVV-Beschlüsse, den Festlegungen des Berliner Senats, den Hinweisen der Bürgerinitiativen sowie der Bürger die Planungen neu erarbeitet werden. Dieser neue Entwurf sollte bis Ende des Jahres 2017 den Bürgern und zeitlich von einer Planungswerkstatt oder anderen Form der Bürgerbeteiligung für eine abschließende Diskussion bzw. für einen erneuten Dialog rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Gerhard Ehrig  
Vereinsmitglied